

N i e d e r s c h r i f t

**der 48. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 11.12.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:02 Uhr bis 16:41 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	ab 16:08 Uhr
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	Vertreterin für Herrn Bönisch
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	Vertreterin für Herrn Lange
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreter für Herrn Wehrich
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter
Frau Sabine Ernst	Verwaltung
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung
Herr Marco Schreyer	Verwaltung
Herr Drago Bock	Verwaltung
Frau Anja Schneider	Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 48. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

5.1 Brandschutzbedarfsplan

Vorlage: V/2012/10626

gleiche Voten in den Ausschüssen

5.2 Stellungnahme der Stadtverwaltung Halle (Saale) zur überörtlichen Prüfung der Stadt Halle (Saale) durch den Landesrechnungshof mit dem Schwerpunkt "Ausgewählte Maßnahmen der Jugendhilfe und der sonstigen Jugendarbeit"-Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 11.März 2013

Vorlage: V/2013/11937

gleiche Voten in den Ausschüssen

5.4 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die HAVAG für das Jahr 2014, die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV-
Vorlage: V/2013/11879

gleiche Voten in den Ausschüssen

5.5 1. Änderung zur Entgeltordnung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2013/12128

gleiche Voten in den Ausschüssen

5.6 1. Änderung der Satzung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2013/12129

gleiche Voten in den Ausschüssen

5.7 Erste Änderung des Zweiten Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen (Vorlage: V/2012/10587)

Vorlage: V/2013/11649

gleiche Voten in den Ausschüssen

5.8 *Prioritätenliste Investitionen in Kindereinrichtungen (Kitas und Horten), Teil 2*

Vorlage: V/2013/11918

im Bildungsausschuss vertagt

5.9 Jahresabschluss 2012 des EB ZGM

Vorlage: V/2013/11944

gleiche Voten in den Ausschüssen

5.10 Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e. V.

Vorlage: V/2013/12229

gleiche Voten in den Ausschüssen

6.1 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum Quartierbereich Büschdorf-Nord

Vorlage: V/2013/12097

im Planungsausschuss vertagt

6.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Einführung einer turnusmäßigen, projektorientierten Berichterstattung bei Bauprojekten

Vorlage: V/2013/11766

gleiche Voten in den Ausschüssen

6.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt

Vorlage: V/2013/11461

im Planungsausschuss vertagt

6.5 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Kulturtickets für Studierende

Vorlage: V/2013/11839

gleiche Voten in den Ausschüssen

6.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung der Stadt

Vorlage: V/2013/12102

gleiche Voten in den Ausschüssen

8.1 Information zur Brandschutzsituation an Schulen, Horten & Kindertagesstätten in Halle (Saale)

Vorlage: V/2013/11917

in den Fachausschüssen vertagt und zurückgestellt

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über nachfolgende Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnung:

5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013, Vorlage: V/2012/11313

Vorlage: V/2013/12327

5.3.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013; Vorlage V/2012/11313

Vorlage: V/2013/12326

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 20.11.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 20.11.2013
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 *Brandschutzbedarfsplan*
Vorlage: V/2012/10626 abgesetzt
 - 5.2 *Stellungnahme der Stadtverwaltung Halle (Saale) zur überörtlichen Prüfung der Stadt Halle (Saale) durch den Landesrechnungshof mit dem Schwerpunkt "Ausgewählte Maßnahmen der Jugendhilfe und der sonstigen Jugendarbeit"-Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 11.März 2013*
Vorlage: V/2013/11937 abgesetzt
 - 5.3 *Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013*
Vorlage: V/2012/11313
 - 5.3.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013, Vorlage: V/2012/11313*
Vorlage: V/2013/12327
 - 5.3.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013; Vorlage V/2012/11313*
Vorlage: V/2013/12326
 - 5.4 *Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die HAVAG für das Jahr 2014, die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV-*
Vorlage: V/2013/11879 abgesetzt
 - 5.5 *1. Änderung zur Entgeltordnung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/12128 abgesetzt
 - 5.6 *1. Änderung der Satzung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/12129 abgesetzt
 - 5.7 *Erste Änderung des Zweiten Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen (Vorlage: V/2012/10587)*
Vorlage: V/2013/11649 abgesetzt
 - 5.8 *Prioritätenliste Investitionen in Kindereinrichtungen (Kitas und Horten), Teil 2*
Vorlage: V/2013/11918 abgesetzt

- 5.9 *Jahresabschluss 2012 des EB ZGM*
Vorlage: V/2013/11944 abgesetzt
- 5.10 *Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e. V.*
Vorlage: V/2013/12229 abgesetzt
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 *Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum Quartierbereich Büschdorf-Nord*
Vorlage: V/2013/12097 abgesetzt
- 6.2 *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Einführung einer turnusmäßigen, projektorientierten Berichterstattung bei Bauprojekten*
Vorlage: V/2013/11766 abgesetzt
- 6.3 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt*
Vorlage: V/2013/11461 abgesetzt
- 6.4 *Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. zur Prüfung des Zustands der Hochstraße*
Vorlage: V/2013/11710 abgesetzt
- 6.5 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Kulturtickets für Studierende*
Vorlage: V/2013/11839 abgesetzt
- 6.6 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung der Stadt*
Vorlage: V/2013/12102
abgesetzt
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1 *Information zur Brandschutzsituation an Schulen, Horten & Kindertagesstätten in Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/11917 abgesetzt
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.11.2013

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 47. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 20.11.2013.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 20.11.2013

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.3 Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013
Vorlage: V/2012/11313**

**zu 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013, Vorlage: V/2012/11313
Vorlage: V/2013/12327**

**zu 5.3.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013; Vorlage V/2012/11313
Vorlage: V/2013/12326**

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte das Ziel des Änderungsantrages seiner Fraktion dahingehend, dass nicht nur eine Willensbekundung zur Priorität der Erneuerung und Wartung von Spielplätzen abgegeben, sondern eine haushaltsseitige Untersetzung in die Haushaltsplanung 2015 erfolgen müsse.

Desweiteren wies er darauf hin, dass die Spielplätze, die eine hohe Priorität in der Umsetzung haben, konkret in der Haushaltsplanung 2015 zu berücksichtigen sind.

Im Änderungsantrag seiner Fraktion wurde der Spielraum Glaucha – Spielachse Steg mit aufgeführt, auch wenn es zwischenzeitlich Gespräch gäbe, diese über Fördermittel zu realisieren.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, begründete den Änderungsantrag seiner Fraktion mit der Einfügung eines neuen Beschlusspunktes, da nicht nur die Festlegung der Prioritäten auf Alter, sondern der konkrete Zustand der Spielplätze als Grundlage der Bewertung dienen soll.

Der Jugendhilfeausschuss sei dieser Empfehlung schon gefolgt und **Herr Wolter** bat um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion.

Bezugnehmend auf den Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM teilte **Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass die Verwaltung bei der Diskussion zu den investiven Maßnahmen bei den Spielplätzen nicht nur das Alter berücksichtigt, sondern auch den Zustand und die Notwendigkeit.

Da in einer Spielflächenkonzeption von Planungsprämissen ausgegangen werde, sei dabei das Alter eine sinnvolle Prämisse, um eine Abschätzung durchzuführen. Das heißt nicht, dass bei einem guten Zustand eines entsprechend alten Spielplatzes, dieser im investiven Finanzplan wiedergefunden werde, sondern es gäbe vielleicht einzelne Ergänzungen, die nicht über den Finanzplan abgebildet werden müssen.

Zum zweiten Teil des Beschlusses merkte **Herr Beigeordneter Stäglich** an, dass er das Problem darin sehe, dass es nicht um Quantität, sondern um eine Bedarfsversorgung nach Stadträumen gehe.

Bezogen auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte **Herr Beigeordneter Stäglich** fest, dass dieser eine Vorfestlegung auf den Haushalt 2015 sei, welcher noch nicht von den Eckpunkten bekannt ist.

Er halte eine solche Vorfestlegung für schwierig und wies darauf hin, dass versucht werde, bereits im nächsten Jahr im Gebiet Schülershof mit der HWG eine Spielfläche zu gestalten. Für das Gebiet Glaucha sei jetzt schon klar, dass 2015 keine Finanzierung möglich und deshalb die Maßnahme nicht umsetzbar sei, außer es gäbe Fördermittel dafür.

Herr Wolter bedankte sich für den Hinweis von Herrn Beigeordneten Stäglich, dass die Spielplätze nicht nur in der Quantität der Spielorte, sondern auch nach anderen Prämissen bewertet werden.

Seine Fraktion wolle auch darauf hinweisen, dass es im Stadtgebiet Spielplätze gibt, die gesperrt sind, weil einzelne Spielgeräte nicht nutzbar sind. Mit der Spielplatzkonzeption sei jedoch nicht abgedeckt, dass dort eine Prioritätensetzung nach der Nutzbarkeit von Spielflächen erfolgt. Es war der Hintergrund des Antrages, die Mittel effektiv in dem Sinne einzusetzen, dass die Anzahl der nutzbaren Spielplätze betrachtet und nicht nur eine quartierbezogene Nutzung herangezogen wird.

Herr Feigl stimmte den Ausführungen von Herrn Beigeordneten Stäglich dahingehend zu, dass mit dem Antrag seiner Fraktion zwar ein Vorgriff auf den Haushalt erfolge, dies jedoch an vielen anderen Stellen auch gemacht werde. Er bat um Zustimmung zum Antrag.

Zum gleichen Thema bat **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, um Auskunft zum Bau des Spielplatzes Schülershof, da laut einer Pressemitteilung die Ausführung der Maßnahme über die HWG erfolgen werde.

Dazu teilte **Herr Beigeordneter Stäglich** mit, dass sich der zurzeit gesperrte Spielplatz auf städtischer Fläche befindet und in Betreuung der Abteilung Stadtgrün stehe.

Da die HWG aus eigenem Interesse das Ziel habe, auf eigenen Flächen Spielangebote zu schaffen, habe man sich dazu abgestimmt, eine Kombination von Angeboten auf städtischen Flächen und Flächen der HWG aus einer Planung und in Diskussion mit den Anwohnern durchzuführen.

Auf die Anfrage von **Herrn Dr. Meerheim**, warum die Stadt das Grundstück nicht an die HWG verkaufe, merkte **Herr Beigeordneter Stäglich** an, dass in der Diskussion festgestellt wurde, dass es sinnvoll sei, an dieser Stelle das städtische Grundstück als Spielplatz zu behalten, weil es das einzig originäre wirkliche Spielplatzgrundstück im Eigentum der Stadtverwaltung sei. Aus diesem Grund stelle das Thema Verkauf keine Option dar.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung.

**zu 5.3.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013; Vorlage
V/2012/11313
Vorlage: V/2013/12326**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
3 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird um einen vierten Beschlusspunkt ergänzt:

4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, konkret folgende in der Spielflächenkonzeption benannten Maßnahmen mit „sehr hoher Priorität“ im Bereich Grunderneuerung, Neubau und Erweiterung von Spielplätzen in den Entwurf des dem Haushalt 2015 beizufügenden fortgeschriebenen Investitionsprogrammes aufzunehmen:
 - Spielplatz Schülershof
 - Spielplatz Nietleben/Heidesee
 - Neubau Spielplatz ~~Friedenstraße~~ **Giebichensteinviertel**
 - Spielraum Paulusviertel – Umfeld Dürer-Schule
 - ~~Spielraum Glaucha – Spielachse Steg~~ **Spielraum Glaucha – Spielachse Steg**
(vorgesehener Planungsbeginn 2015 in Abhängigkeit von Zusage Fördermittel)

**zu 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013, Vorlage: V/2012/11313
Vorlage: V/2013/12327**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
6 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Es wird ein vierter Beschlusspunkt eingefügt:

4. Die Festlegung von Prioritäten zu Erneuerungsmaßnahmen ist nicht ausschließlich auf das Alter des Spielplatzes abzustellen, sondern der konkrete Zustand der Spielplätze, insbesondere im Hinblick auf die vorhandene Nutzbarkeit, ist zu berücksichtigen. Investive Mittel sind effektiv in dem Sinne einzusetzen, dass mit den jeweils in den Haushaltsjahren zur Verfügung stehenden Geldern solche Maßnahmen durchgeführt werden, die eine größtmögliche Zahl an nutzbaren Spielplätzen bewirken.

zu 5.3 **Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013**
Vorlage: V/2012/11313

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
11 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Spielflächenkonzeption Halle (Saale) als Handlungsgrundlage zur Entwicklung eines bedarfsgerechten Spielflächenangebotes im Stadtgebiet.
2. Die Spielflächenkonzeption soll nach 5 Jahren **mit der Zielgröße einer Nettospielfläche von durchschnittlich 6 m² pro Kind** fortgeschrieben werden.
3. Die Handlungsvorschläge werden auf Grundlage der getroffenen Prioritätensetzung und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel schrittweise umgesetzt. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Höhe der anzumeldenden Haushaltsmittel
 - o für die bauliche Unterhaltung und Pflege der Spielplätze am Unterhaltungskostenbedarf und
 - o für die Grunderneuerung, den Neubau und die Erweiterung von Spielplätzen am Investitionskostenbedarf auszurichten. Die Investitionskosten der Einzelprojekte einschließlich des ggf. erforderlichen Grunderwerbs werden jährlich im Haushaltsplan verankert. Da ein Teil der geplanten Spielplatzflächen außerhalb von Fördergebieten liegt, sind auch Investitionen nur mit städtischen Eigenmitteln in den Haushalt einzustellen.
4. Die **Festlegung von Prioritäten zu Erneuerungsmaßnahmen ist nicht ausschließlich auf das Alter des Spielplatzes abzustellen, sondern der konkrete Zustand der Spielplätze, insbesondere im Hinblick auf die vorhandene Nutzbarkeit, ist zu berücksichtigen.**
Investive Mittel sind effektiv in dem Sinne einzusetzen, dass mit den jeweils in den Haushaltsjahren zur Verfügung stehenden Geldern solche Maßnahmen durchgeführt werden, die eine größtmögliche Zahl an nutzbaren Spielplätzen bewirken.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.4 **Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. zur Prüfung des Zustands der Hochstraße**
Vorlage: V/2013/11710

Dazu führte **Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, aus, dass es im Antrag seiner Fraktion darum gehe, zukünftig die Hochstraße in ihrem Zustand zu beurteilen und daraus Maßnahmen abzuleiten, wie mit der Hochstraße weiter umgegangen werde.

Die Verwaltung habe zwar eine umfängliche Beantwortung zu einzelnen Abschnitten abgegeben, jedoch finden die Punkte 3, 4 und der neu dazugekommene Punkt 5 der SPD-Fraktion in der Beantwortung keinen Niederschlag.

Auch zum Beschlusspunkt 1 erwarte man eine tiefgreifende und umfassende Beantwortung, denn es gehe in erster Linie darum, dass ein Konzept erkennbar ist, wie man in den nächsten Jahren mit der Hochstraße umgeht und ob sich Alternativen dazu auftun könnten. Auch sollte das Konzept im Haushalt seinen Widerhall finden.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, wies darauf hin, dass die von Herrn Feigl aufgeführten Betrachtungen nicht im Antrag enthalten seien.

Es gäbe planerische Diskussionen zum Thema Hochstraße und es sei zu klären, wie die Hochstraße eventuell ersetzt und die gesamte verkehrliche Netzstruktur betrachtet werden. Dieses Thema werde mit dem Stadtmobilitätsplan inhaltlich bearbeitet.

Laut **Herrn Beigeordneter Stäglin** beziehe sich der Inhalt des Antrages auf das klassische Tiefbauteil und aus Sicht der Verwaltung hat es nicht das Erfordernis gegeben, noch ein zusätzliches Zusammenstellen des Gutachtens oder einen Bericht zu erstellen, da die jeweiligen Brückenprüfungen vorlägen.

In der Stellungnahme der Verwaltung zum Stadtrat soll auch noch einmal dargestellt werden, dass kein Erfordernis gesehen werde, einen komplett neuen Bericht oder ein Ergänzungsgutachten zu erstellen, sondern es gäbe die jeweiligen Brückenprüfungsberichte, aus denen sich die Handlungsbedarfe, insbesondere zur Verkehrssicherungspflicht ableiten und eine zusätzliche Prüfung von Varianten wäre derzeit im Haushalt nicht abgebildet.

Bei zusätzlichen Gutachterkosten gehe man von 115.000 Euro aus, welche aus finanzieller Sicht nicht gegeben sind.

Herr Kley, FDP-Fraktion, verwies darauf, dass seine Fraktion schon frühzeitig das Thema Brücken als prioritär für die Stadt Halle (Saale) erachtet und die Stadtverwaltung schon einiges dafür getan habe.

Seiner Meinung nach trage auch der Antrag nicht dazu bei, den Zustand der Hochstraße oder anderer Brücken zu verbessern und es werde offensichtlich noch ein weiteres Gutachten gefordert, weil die Intentionen nicht mit den Intentionen des Antragstellers übereinstimmen.

Seine Fraktion werde den Antrag mit der Begründung ablehnen, dass das Ziel des Antrages nicht klar sei und das Geld für die Brücken und nicht für weitere Gutachten ausgegeben werden soll.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, führte zum gleichen Thema aus, dass die von Herrn Kley aufgeführten Bedenken in den Fachausschüssen bereits ausgeräumt wurden und es beim Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um eine Zusammenfassung des Berichtes dahingehend gehe, was die Verwaltung schon alles zu diesem Thema unternommen habe.

Aus diesem Grund werde seine Fraktion dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

8 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

3 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den aktuellen Bauzustand, die real noch erwartbare Nutzungsdauer und daraus resultierende Sanierungsnotwendigkeiten des Hochstraßenkomplexes (Abschnitt östlich beginnend von der Franckestraße bis Glauchaer Platz und Abschnitt Glauchaer Platz bis westlich des Rennbahnkreuzes einschließlich aller verkehrswirksamer Nebenanlagen wie Rampen, Auffahrten u.ä.) umfassend ~~gutachterlich bestimmen zu lassen~~ **und vollständig in einem Bericht darzustellen**. Dabei sollen insbesondere die Probleme sich vermindernder Beton- und Stahlqualität („Carbonatisierung“ und Sprödbruchgefährdung) fachlich angemessen untersucht werden.
2. ~~Dieses Gutachten~~ **Bericht** wird unverzüglich nach Fertigstellung veröffentlicht.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf Basis dieses ~~Gutachtens~~ **Berichts** dem Stadtrat ergebnisoffene Variantenvergleiche (gleichzeitige Sanierung beider Brücken, modulare Sanierung erst der Nord- und dann der Südbrücke, Sanierung jeweils nur der Nord- oder der Südbrücke) für den planerischen, baulichen und finanziellen Aufwand der anstehenden Unterhaltungsmaßnahmen vorzulegen.
4. Weiterhin soll parallel ein Finanzierungskonzept erarbeitet werden, damit die benötigten Mittel spätestens in den Haushaltsplan 2015 eingestellt werden können.
5. **Die Stadtverwaltung wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, zu prüfen, ob und wie im Zuge der in den kommenden Jahren eventuell notwendigen Sanierungsarbeiten an der Hochstraße eine optische Aufwertung des Bauwerks erfolgen kann.**

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

Mitteilung des Oberbürgermeisters zur Landtagssitzung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass am heutigen Tag eine nicht öffentliche Ausschusssitzung des Kulturausschusses im Landtag stattfand.

Dort sind noch einmal die Städte Dessau-Roßlau und Halle zu Wort gekommen. Er habe die Bedenken der Stadt im Hinblick auf die Kürzungspläne in Höhe von 2,9 Mio. Euro vorgetragen. Diese Kürzung sei derzeit im Haushaltsplanentwurf des Landes abgebildet. Der Strukturanpassungsfond von 1 Mio. Euro habe eine Notiz und eine zusätzliche Anmerkung, dass die Summe auf Vorschlag des Kulturausschusses mit der Zustimmung des Finanzausschusses weiter aufgestockt werden können.

Weiterhin gäbe es noch Gespräche, in denen der Finanzminister, der Kultusminister und der Oberbürgermeister der Stadt diesbezüglich zusammenkommen werden, um eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen.

zu 8.3 Mitteilung des Oberbürgermeisters zur Genehmigung des Nachtrags- haushaltes 2013

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über eine Mitteilung des Landesverwaltungsamtes, dass der Nachtragshaushalt 2013 vollzogen werden kann. Der genehmigungspflichtige Anteil in Höhe von 3,756 Euro des in § 3 festgesetzten Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigung wird in vollem Umfang genehmigt, so dass Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre bis zu einer Gesamthöhe von 49.483.500 Euro eingegangen werden dürfen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Abschlussberatung Finanzausschuss

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte darüber, dass er in der Abschlussberatung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften einen Antrag auf Erhöhung der Kulturmittel im städtischen Haushalt gestellt habe, da dort Mittel eingeplant seien, die nur bei Nutzung von Drittmittelmöglichkeiten abrufbar sind, was nach dem jetzigen Haushaltsstand mit 218.000 Euro nicht gegeben ist. Dabei gehe es um 1,4 Mio. Euro, worüber in der freien Szene diskutiert wurde.

Im Ausschuss wurde aufgrund der Aussage des Bürgermeisters entsprechend abgestimmt. Ein anderer Antrag, der auch im Finanzausschuss gestellt wurde, welcher zu einer Minimierung im Personalkostenbereich führt, sozusagen die Umsetzung des Modells 3 der personalwirtschaftlichen Maßnahmen, soll keine Minderausgaben im Personalkostenbereich zur Folge haben.

In der darauffolgenden Abstimmung war auf Grund der Nichtdeckung des Antrages der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM im Ausschuss keine Mehrheit zu definieren.

Nachfolgend hat Herr Prof. Furchert in seinem Vortrag Aussagen dargelegt, welche mit denen des Bürgermeisters nicht kompatibel waren.

Hiernach erfolgen keine Einsparungen in Höhe von 4,6 Mio. Euro, so dass sich die Frage stellt, ob in der Vorlage entsprechend nachgebessert wird, zumal ein Defizit von ca. 400.000 Euro ausgewiesen ist.

Die Ausschussmitglieder haben sich bei der Abstimmung der Haushaltsvorlage enthalten, weil die Verwaltung sich selbst noch bestimmte Aufgaben gegeben hat.

Der Beschluss zur Erhöhung der personalwirtschaftlichen Maßnahmen auf 474 könnte darstellbare Effekte erzielen und unter Umständen die 400.000 Euro Defizit decken.

Der Beschluss zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM wäre seiner Meinung nach anders gefasst, wenn die Aussagen der Verwaltung korrekt gekommen wären.

Herr Wolter fragte, ob die Vorlage überarbeitet wird, da im freien Kulturbereich ein Bedarf besteht und aufgrund des Landeshaushalts auch gedeckt ist.

Herr Bürgermeister Geier äußerte, dass er nicht nachvollziehen kann, dass es eine unkorrekte Aussage sein soll.

Herr Wolter führte noch einmal aus, dass der Bürgermeister zur Ausschusssitzung informiert hat, dass die Zahl der gestiegenen Anträge zur Arbeitszeitverkürzung von 300 auf 474 Stellen keine Haushaltseffekte mitbringt.

Anschließend führte **Prof. Dr. Furchert** aus, dass die personalwirtschaftlichen Maßnahmen Veränderungen in Höhe von 4,6 Mio. Euro mit sich bringen. Dies sind weniger als in der Finanzausschusssitzung besprochen wurde.

Herr Bürgermeister Geier, führte dazu aus, dass er im Ausschuss dargestellt habe, dass 4,6 Mio. Euro für die Jahresscheibe 2014 gebraucht werden, um die Zahlen konstant zu halten und dass trotz Tariferhöhungen für die Jahre bis 2018 dieselbe Aufgabenstellung vorliege.

Desweiteren wurde dargelegt, dass man bei der Einbringung und der Vorstellung der personalwirtschaftlichen Modelle von bestimmten Annahmen ausging, wie zum Beispiel bei den Rentenmodellen von 146 Anträgen, tatsächlich sind es 88. Das heißt, man muss auf Grund der Rückläufe und der Antragslage schauen, wie der Rahmen, der in der Vorkalkulation angenommen wurde, umgesetzt werden kann.

Desweiteren merkte **Herr Bürgermeister Geier** an, dass er den Änderungsantrag zu den 474 Stellen so verstanden habe, dass man bis zur Gesamtzahl der Antragsteller bei der Arbeitszeitverkürzung flexibel sein könne. Und diese Flexibilität helfe bei der Personalbewirtschaftung, da vorher 300 berücksichtigt werden konnten und die 174 Anträge darüber hinaus wären unberücksichtigt geblieben.

Das heißt aber auch, dass unter Einbeziehung der Rückläufe aller drei personalwirtschaftlichen Maßnahmen, diese Zahlen nicht übererfüllt werden können.

zu 9.2 Anfrage Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, zu Gesprächen mit TOO GmbH - finanzielle Zuwendungen

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, fragte nach dem Stand der Gespräche zur Theater, Oper und Orchester GmbH, denn zurzeit stelle es sich so dar, dass es ab Januar 2014 keinen Vertrag mit dem Land gäbe. Sie fragte, wie sich der Geldfluss darstelle, selbst wenn es nur der gekürzte Betrag sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte dazu mit, dass immer am 31.03. des Jahres die Scheiben gezahlt werden und er vor drei Tagen einen Antrag auf Zuwendungsbescheid im Hinblick darauf gestellt habe, da es keinen Vertrag gibt. Eine Antwort des Ministeriums habe Herr Kultusminister Dorgerloh zugesichert.

**zu 9.3 Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum
Wirtschaftsplan TOO GmbH für 2013/2014**

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte, wann der Wirtschaftsplan 2013/2014 für die Theater, Oper und Orchester GmbH vorliegen werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass es darauf ankomme, wie sich der Aufsichtsrat der TOOH diesbezüglich entscheide.

Sein Vorschlag sei, abzuwarten, wie sich das Land entscheidet. Auch habe er heute den Wunsch von Herrn Kultusminister Dorgerloh mitgeteilt bekommen, das Gespräch zwischen Finanzministerium, Kultusministerium und Oberbürgermeister kurzfristig und zeitnah durchzuführen.

zu 10 Anregungen

Anregungen lagen nicht vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete die 48. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Anja Schneider
Protokollführerin

